

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

713

Nr. 208.

Dresden, Dienstag den 8. September 1908.

19. Jahrg.

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Sport für den Monat 1,50 Mk., für 6 Monate 8,00 Mk., für ein Jahr 15,00 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen). Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt 'Die Presse' in Dresden, Hauptstraße 21.

Redaktion: Hauptstraße 21, II. Telefon 3448. Sprechstunde nur wochentags von 10 bis 1 Uhr. Expedition: Hauptstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abdruck von Beiträgen ist nur bei vorheriger Genehmigung der Redaktion gestattet. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Meinungen der Autoren. Druck und Vertrieb durch die Verlagsanstalt 'Die Presse' in Dresden, Hauptstraße 21.

Die Kriegshetze und die englischen Sozialisten.

Von unserem Korrespondenten.

J. A. London, den 6. September.

Wenn die reaktionären Flottenchwärmer und Kriegshetzer in England und Deutschland die sonderbare Stellungnahme einer englischen Sozialisten als einen dauernden Aktivbestand ihrer Agitation haken zu können glauben, so haben sie sich gründlich getäuscht. Wie zu erwarten war, hat sich diese Stellungnahme, so bedauerlich und gefährlich sie an sich war, als eine augenblickliche Entgleisung herausgestellt, welcher keinerlei dauernde Bedeutung zukommt. Anfangs schien es, als ob die Sozialdemokratische Partei (S. D. P.) ihre Loyalität ihrem Führer Hindman gegenüber so weit erziehe, um seine Ansichten und Stimmungen nicht in dieser bedenklichen Angelegenheit unberücksichtigt zu lassen. Jetzt zeigt sich jedoch erfreulicherweise, daß die meisten Parteimitglieder den größten Teil der englischen Sozialisten und namentlich die Engländer, daß die deutsche Parteipresse einen derartigen und von einer solchen Seite herrührenden Angriff gegen die Kriegspolitik der deutschen Regierung keinerlei Verständnis entgegenbrachte einen sehr heilsamen Einfluß selbst auf Hindman und seine nächsten Anhänger ausgeübt haben. Dies wird bewiesen durch die folgende Resolution der Exekutive der S. D. P. (der Hindman angehört) vom letzten Sonntag, welche sich auf einen wesentlichen anderen Standpunkt stellt, als es Hindman in seinem Artikel im Nation getan hat:

Diese Versammlung der Exekutive der Sozialdemokratischen Partei lehnt den Sozialdemokraten Deutschlands ihre herzlichsten Glückwünsche ab, indem sie in vollem Maße anerkennt, daß es keinerlei Interessengegensatz zwischen den Völkern der beiden Länder gibt, gelobt sie in ihrer Weise, zugunsten einer „entente cordiale“ zwischen Deutschland und England zu wirken, ähnlich einer, wie sie heute glücklicherweise zwischen England und Frankreich besteht, um so dem verderblichen Wettstreit auf beiden Seiten der Nordsee ein Ende zu machen.

Dies ist genau der Standpunkt, den sowohl die englische Arbeiterpartei und die anderen sozialistischen Organisationen Englands wie auch die deutsche Sozialdemokratie und die internationale Sozialdemokratie überhaupt von jeher eingenommen haben. Es ist also sehr zu begrüßen, daß auch nicht eine einzige sozialistische oder Arbeiterorganisation in England sich mit dem Alarmartikel Hindmans und Blatchfords solidarisch erklärt hat, sondern daß sie alle ohne Ausnahme den Standpunkt einnehmen, den die deutsche Sozialdemokratie in der Kriegfrage vertritt.

Daß die Artikel Hindmans zumindest bei einem großen Teile der Mitglieder der S. D. P. von vornherein auf Widerspruch stießen, das zeigen die zahlreichen Protestbriefe, welche in der Justice, dem Organ der S. D. P., abgedruckt sind. Einer dieser Briefe, welcher vom Genossen J. W. Kew, einem alten treuen Mitgliede der S. D. P., eingeklagt ist, gibt eine so treffliche Darstellung der Sachlage vom einzig richtigen internationalen sozialistischen Standpunkt, daß wir einige Stellen davon wiedergeben möchten:

Verrättern wir die Kriegsgefahr dadurch, daß wir unsere eigenen Ringos zu Hause ermutigen? Und helfen wir unseren Genossen in Deutschland, wenn wir den deutschen Chauvinisten die Möglichkeit geben, uns gegen sie anzuspielen, indem sie darauf hinwirken, daß wir die englische Regierung unterstützen, während sie ihre Regierung bekämpfen? Wir erschweren nur die Arbeit des Sozialismus in Deutschland, wenn wir den Schein erwecken, daß die Wirksamkeit der sozialistischen Bewegung nur deutschfeindlich und nicht antikapitalistisch ist. Und außerdem, welche praktischen Schritte können wir tun, um Europa und England vor Deutschland zu schützen? Und wenn wir die deutsche Gefahr anerkennen, müssen wir dann nicht auch bereit sein, unsere Regierung in jedes aktive Angriffsband mit Frankreich gegen Deutschland einzutreten zu lassen? Wir müssen dann wahrhaftig einen aktiven Krieg gegen Deutschland unterstützen, denn wenn die Gefahr so groß ist, dann ist der Angriff beiderseitig die beste Verteidigung, und wir müssen bereit sein, solche Schritte zu unterstützen, welche die Gefahr am besten beseitigen können.

Wo würden wir hinkommen, wenn die deutschen Sozialisten plötzlich darauf hinweisen würden, daß die englische Flotte eine Gefahr für den deutschen Handel sei und daß sie infolgedessen die deutsche Flotte unterstützen müßten? Was würde aus dem Internationalismus werden? Meines Erachtens ist es die Pflicht jeder Partei in jedem Lande, die eigene Regierung zu unterstützen, und nicht unseren Gegnern dadurch in die Hände zu spielen, daß wir uns in der Rolle der Schiedsrichter Europas gefallen.

Daß die deutsche Partei die Tätigkeit ihrer Regierung aufhebt, ist meines Erachtens natürlich; aber wir haben nicht minder die Pflicht, auf die Gefährlichkeit der Ansprüche Britanniens, die Meere zu beherrschen, hinzuweisen. Und meines Erachtens hat die Labour Party den richtigen Weg eingeschlagen, wenn sie nach Berlin geht und das englische Protestwort von jedem Anteil an der Arbeit der englischen Patrioten löst.

Und die Redaktion der Justice selbst, welche anfangs geneigt war, in dieselbe Dorn zu klopfen wie Hindman und Blatchford, hat sich erfreulicherweise ebenfalls sehr bald er-

nüchert. In ihrer letzten Nummer definiert sie die von der englischen Sozialdemokratie in der Kriegfrage einschlagende Politik folgendermaßen: „In erster Linie müssen wir Aufmerksamkeit und offenes Handeln von unserer Regierung fordern. Die Regierung möge alle Karten auf den Tisch legen und dem Volke offen die Lage darlegen. Fort mit der Doppelzüngigkeit, der Zweideutigkeit, der geheimen Diplomatie, den verbotenen Bündnissen und geheimen Abkommen. Weiter fordern wir eine ehrliche und offene „entente cordiale“ mit Deutschland und Entfernung jenes wechselseitigen Verdachts, welcher eine der Hauptursachen der Gefahr ist. Sodann müssen wir alle Verträge und Uebereinkünfte bekämpfen, welche als direkt gegen Deutschland gerichtet betrachtet werden können, mit welchen die Unruhe, der Verdacht und das Kriegskrisis Deutschlands entschuldigt, wenn auch nicht gerechtfertigt werden können. Wir haben kein Interesse an einer internationalen Politik, welche auf die Isolierung Deutschlands gerichtet ist. Wenn die britische Regierung den Frieden will, und wir glauben, daß dies der Fall ist, dann möge sie dies so deutlich machen, um jeden Verdacht entziffern zu können. Und schließlich fort mit dem scheidenden Berufsheer — und organisieren wir eine nationale Bürgerwehr, ein Volk in Waffen —, nicht zum Krieg, sondern zum Schutz.“

Dieses Programm der S. D. P. wird bei der deutschen Sozialdemokratie sicherlich den lebhaftesten Anklang finden, denn sie ist die traditionelle Politik des internationalen Sozialismus.

Erfreulich ist auch, daß Hindman selbst jetzt eine andere Note anschlägt als in dem ursprünglichen Artikel. Wenn ein begrifflicher und bezweifelbarer Stolz ihm auch verbietet, jenen Artikel als eine bedenkliche Verirrung anzuerkennen, die er nicht begangen haben würde, wenn er ihre Folgen hätte vorhersehen können, so gibt er sich doch Mühe, seinen ursprünglichen Standpunkt als mit der hohen dargelegten Politik der S. D. P. vereinbar hinzustellen. Auch enthält er sich nunmehr durchaus jeder Versicherung, welche von den Ringos haben würde irgendwie ungeschicklich werden könnte.

Nach alledem darf der unerquickliche Zwischenfall als gänzlich beigelegt betrachtet werden. Keine einzige sozialistische oder Arbeiterorganisation, kein einziger namhafter Führer der englischen Arbeiterbewegung — nur Blatchford affektierter vorläufig noch Reuehaftigkeit, aber er vertritt keine englische Arbeiterorganisation, und er spielt im internationalen Sozialismus keinerlei Rolle — vertritt heute einen anderen Standpunkt gegenüber der Kriegshetze und der Rüstungspolitik als die deutsche Sozialdemokratie.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907.

I.

Die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften.

Das Jahr 1907 war kein glänzendes Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften. Folgte schon die erste Jahreshälfte eine gewisse Stagnation, die den Umschwung der Wirtschaftslage vorauszuempfinden ließ, so offenbarte die zweite Jahreshälfte alle untrüglichen Zeichen des Niederganges. Die Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften wuchs zusehends; sie betrug sich wieder in den Verhältnissen der Statistik der Arbeiterkassenverbände, die das Reichs-Arbeitsblatt vierteljährlich veröffentlicht. Sie war: 5-jährig durch die Ziffern der Statistik der deutschen Arbeiterkassenverbände, die die Statistik der Arbeiterkassen veröffentlicht. Auch die Bewegung der deutschen Arbeiterkassen, soweit sie der Veröffentlichung des statistischen Amtes angefaßt sind, lassen einen starken Rückgang erkennen, der im September 1907 eintrat. Angesichts dieser Veränderung der Wirtschaftslage war vorauszusetzen, daß der hiermit die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften während des Hochkonjunktur nahmen, einer ruhigeren Entwicklung weichen mußte. In einzelnen Industriezweigen waren selbst erhebliche Rückschläge nicht zu vermeiden, besonders im Baugewerbe und in den damit zusammenhängenden Holzgewerben, in denen die Krise schon im Januar 1907 mit aller Schärfe einsetzte. Im allgemeinen haben jedoch die Gewerkschaften den Übergang von der Hochkonjunktur zur Krise ohne nennenswerte Verluste überstanden, ihre Gesamtentwicklung zeigt, im Gegensatz zu 1901 und 1904, wo die Krise einen Rückgang der Mitgliederzahlen der gesamten Gewerkschaften herbeiführte, noch immer einen ansehnlichen Fortschritt. Das ist in erster Linie der inneren Festigung der Organisationen, der Ausgestaltung und Wirksamkeit ihrer Unterstützungs-einrichtungen und der lebhaften Kampfbereitschaft zu danken, die ihre hindernis Kraft bezeichnen. Freilich genügt dieser Fortschritt nicht, um die zweite Million Mitglieder zu erreichen, — noch immer fehlen mehr als Hunderttausend daran. Immerhin sind unsere Gewerkschaften die einzige Gewerkschaftsgruppe, die in so wenig glänzender Zeit einen ansehnlichen Zuwachs aufzuweisen hat. Während die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihre Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 um 176 797 erhöhen konnten, wählten die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207 Mitglieder zu. Dagegen gingen die Deutschen Gewerkschaften (Dietz-Dauider) um 9619 Mitglieder zurück. Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaften in der Statistik der Arbeiterkassenverbände, — das war bisher so und wird auch in Zukunft so bleiben.

Im Jahresdurchschnitt 1907 hatten unsere gewerkschaftlichen Zentralverbände 1 255 208 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1 431 948. In den sozialistischen Vereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (davon entfallen auf die Ariei Vereinigung deutscher Gewerkschaften nach deren eigener Angabe 17 638 Mitglieder), in den Deutschen Gewerkschaften (Dietz-Dauider) 108 889,

in den christlichen Gewerkschaften 274 223, in den sogenannten unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 684 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907 2 440 900 Mitglieder zählten, nahezu 2 1/2 Millionen.

Aus seinen Anfängen heraus hat sich die Gewerkschaftsbewegung zu solcher Größe entwickelt. 1891 zählten unsere Verbände erst 277 659 Mitglieder; 1898 gingen sie auf 228 530 zurück, dann stiegen sie bis 1900 auf 680 427. Das Jahr 1901 brachte einen kleinen Rückgang auf 677 810. Von da ab ging es ununterbrochen vorwärts: 1903: 887 098, 1905: 1 044 808 und 1907: 1 865 506. Es gibt hier ein, das dieser raschen Entwicklung gleich, das ist der sozialdemokratische Stimmengewinn seit 1900. Die Gewerkschaftsentwicklung hat freilich erst viel später eingelebt; sie mußte sich mit kleineren Anfängen begnügen und hat auch heute in ihrer Mitgliederzahl die Höhe der sozialdemokratischen Stimmengewinn noch nicht erreicht. Dafür repräsentiert sie eine festgelegte und dauernde Macht, die weit nachhaltiger die Aktion der Arbeiterklasse zu unterstützen vermag. Dagegen ist die Entwicklung der Gewerkschaften sowohl derjenigen der politischen Organisation der Sozialdemokratie als auch derjenigen der modernen Genossenschaften weit vorausgefallen. Es zählten in den Jahren an Mitgliedern:

	1906	1907	+ Zunahme
Sozialdemokratische Vereine	884 827	680 468	+ 146 130
Gewerkschaften	1 889 708	1 965 506	+ 175 797
Konsumgenossenschaften	781 369	865 074	+ 103 705

Die Gewerkschaften haben nicht nur mehr als doppelt so viele Mitglieder als die Konsumvereine und 3/4 mal soviel als die sozialdemokratischen Vereine — sie haben auch die größte absolute Zunahme. Die Ursachen, die dieser langsameren Entwicklung der Parteioorganisationen und der Genossenschaften zugrunde liegen, können im Rahmen dieser Statistik nicht erörtert werden. Wohl aber zeigen diese Zahlen, daß ein großer Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse die Bedeutung der politischen wie auch der gewerkschaftlichen Organisation noch recht wenig begriffen hat. Würden alle Gewerkschaftsmitglieder ebenso wie in ihrer Berufsorganisation so auch in der Partei und in der Genossenschaft ihre Pflicht erfüllen, so würden nicht nur alle die heimlichen Diffusionen und Abwanderungen, die zwischen diesen verschiedenen Kreisen der Arbeiterbewegung sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machen, völlig verschwinden, sondern die Wirkung der Arbeiterbewegung würde dadurch erheblich vervielfacht werden. Das Beispiel der Einheit und Einigkeit im eigenen Lager würde, verstärkt durch größere Erfolge, auch eine Rückwirkung auf die ausbleibenden Arbeitermassen nicht verfehlen und den Beschäftigten der bürgerlichen Parteien und der gelben Mittelstufen bald den Boden entziehen.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften vom Jahresabschluss 1906 bis Ende 1907 blieb hinter der Zunahme im Jahresdurchschnitt zurück; sie betrug nur 73 858. Es erklärt sich dies daraus, daß die zweite Jahreshälfte 1906 einen starken Aufschwung, dagegen die zweite Jahreshälfte 1907 einen kleinen Rückgang zeigte. Die Zentralverbände zählten Ende 1906 1 799 298 Mitglieder. Das erste Quartal 1907 schloß mit 1 823 851 ab (+ 24 553), das zweite Quartal mit 1 852 865 (+ 28 784), das dritte Quartal mit 1 852 263 (+ 202) und das vierte Quartal mit 1 873 148 (+ 20 177). Der Zuwachs der Gewerkschaften fällt also in die Zeit von Mitte 1906 bis Mitte 1907, danach trat ein Stillstand ein. Es ist charakteristisch, wie sehr diese Entwicklung mit der Statistik der Arbeitslosigkeit und der Arbeitsmedien übereinstimmt. Und doch sollte gerade die Wirtschaftskrise die Mitglieder fester denn je an ihre Organisationen fesseln, die ihnen nicht nur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. gewähren, sondern auch den Stand der Arbeitsbedingungen gegen Verschlechterung sichern.

Der Rückgang trifft allerdings nur einen Teil der Gewerkschaften und wurde bei diesen durch besondere Umstände verursacht. Von den 61 Verbänden, die die diesjährige Statistik umfaßt, haben 40 eine Zunahme von zusammen 100 065 Mitgliedern (von Ende 1906 zu Ende 1907) zu verzeichnen, während 21 eine Abnahme von 29 212 angaben. Von diesem Gesamtzuwachs von 28 212 entfallen auf die vier Verbände der Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Tafelarbeiter allein 21 157. Die Bauarbeiter verlieren schon im 1. Quartal 20 670 Mitglieder infolge großer Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, die Beamtensende ungeleiteter Arbeiter in andere Berufe drängte. Bei den Holzarbeitern setzte der Verlust im 2. Quartal 1907 ein als eine Nachwirkung der Krise im Baugewerbe und der großen Kämpfe, die dem Verbande enorme Konfliktschwächen aufzulegen. Im Maurerverband zeigt sich der Rückgang erst im 3. Quartal, nach dem großen erfolgreichen Kampfe in Berlin, während die Tafelarbeiter seit Jahresbeginn kontinuierlich und von Quartal zu Quartal weitere Mitglieder verlieren. Auf dieser Industrie laftet jeder wirtschaftliche Niedergang, nicht nur zunächst, sondern auch am allerschwersten, da das Lohnniveau selbst in Zeiten guter Beschäftigung ein sehr niedriges ist. Reicht sich aus diesen Ursachen, so die betreffenden Gewerkschaften einzugreifen haben, um für kommende Jahre solchen Verlusten vorzubeugen, so muß die gesamte Gewerkschaftsbewegung darauf die Rechte haben, daß die Beziehung der Mitglieder zur Organisationsarbeit und zu höheren Opfern für ihre Organisationen Hand in Hand gehen muß mit einer vorbildlichen Kampfbereitschaft, die alle Voraussetzungen des Erfolges oder Mißerfolges auf das sorgfältigste prüft und sich auch nicht durch Stimmungen einzelner Mitgliederkreise zu unklaren Maßnahmen drängen läßt.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 zählten 8 Verbände über 100 000 Mitglieder, 4 zählten 50 000 bis 100 000, 5 30 000 bis 50 000, 8 20 000 bis 30 000, 10 10 000 bis 20 000, 10 5 000 bis 10 000, 10 3 000 bis 5 000, 8 2 000 bis 3 000, 3 1 000 bis 2 000 und 7 weniger als 1 000 Mitglieder. Sie finden neben großen Verbänden mit mehr als 100 000, ja bis 200 000 Mitgliedern auch kleine Organisationen, die nur wenige Hundert Mitglieder zählen. Einzelne derselben berechnen trotzdem den größten Teil der vorhandenen Berufsgruppen. Indes beschränkt sich nicht mehr die Erkenntnis, daß solche kleinen Organisationen in entscheidenden Kämpfen der konzentrierten Macht der Unternehmern nicht gewachsen sind und daß der Anschlag an größere berufliche Berufsorganisationen vorzuziehen ist. Auch im Verhältnisse hat die Verknüpfung von Gewerkschaften Fortschritte zu verzeichnen. Nach den Heftigkeiten der Waidbacher Tisch-Vereinigung, Grubenbau, Konditorei, Bergbau und Tischarbeiter sind Zusammen-schlußbestrebungen in den graphischen Gewerben, im Goldwirts-

waren der russischen Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Die russische Grenzpatronen leben. Nach der unzulässigen

Schickleton, eröffnet. Der Präsident behandelte in seiner Rede

London, 7. September. Prinz Artur v. Connaught wurde

Türet. Verfassungfragen.

London, 7. September. In einem Leitartikel über die Lage

Budapest, 7. September. Die aus den okkupierten Provinzen

Wien, 7. September. Dem R. W. Tagli, wird aus Vins teleg-

Wien, 8. September. Ein Telegramm der Köln. Ztg. aus Kon-

Konstantinopel, 7. September. Gegen drei politische Blätter,

Russland. Ueber Waffenschatz.

ber auf Befehl des Schweizer Bundesgerichts an Russland

Wien, 7. September. Auf Antrag Stoljins beschloß

Paris, 7. September. Der spanische Gesandte überreichte heute

Paris, 7. September. Die von Spanien beantragten Abende-

Wien, 7. September. Ein Berliner Telegramm der Köln. Ztg.

Paris, 7. September. Der spanische Gesandte überreichte heute

Paris, 7. September. Die von Spanien beantragten Abende-

Wien, 7. September. Ein Berliner Telegramm der Köln. Ztg.

Paris, 7. September. Der spanische Gesandte überreichte heute

Paris, 7. September. Die von Spanien beantragten Abende-

Wien, 7. September. Ein Berliner Telegramm der Köln. Ztg.

Paris, 7. September. Der spanische Gesandte überreichte heute

Paris, 7. September. Die von Spanien beantragten Abende-

Wien, 7. September. Ein Berliner Telegramm der Köln. Ztg.

Paris, 7. September. Der spanische Gesandte überreichte heute

Paris, 7. September. Die von Spanien beantragten Abende-

Wien, 7. September. Ein Berliner Telegramm der Köln. Ztg.

Paris, 7. September. Der spanische Gesandte überreichte heute

das Lager der Parfa angegriffen. Der Kampf dauerte bis

Parteilangelegenheiten.

Der zweite Kongreß der jungen Sozialisten Italiens.

Don unterem Korrespondenten.

L. v. Rom, 4. September. In Reggio Emilia hat am

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Bei der Diskussion über die antimilitaristische Kai-

Letzte Telegramme.

Die Sedow-Projekte.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Die Entsch-

Wahlkreisüberlegung.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Im Wahlkreis

Wahlkreisüberlegung.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Im Wahlkreis

Wahlkreisüberlegung.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Im Wahlkreis

Wahlkreisüberlegung.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Im Wahlkreis

Wahlkreisüberlegung.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Im Wahlkreis

Wahlkreisüberlegung.

Berlin, 8. September. (Privattelegramm.) Im Wahlkreis

Wahlkreisüberlegung.

Ausland.

England.

Öffnung des Gewerkschaftskongresses.

Konstantinopel, 7. September. Der Gewerkschafts-

Paris, 7. September. Der Abgeordnete Delafosse hat

Paris, 8. September. Der Abgeordnete Delafosse hat

Das heutige Blatt enthält 10 Seiten.

Sächliche Angelegenheiten.

Die Schule im Dienste des Reichsverbands.

In Stolberg haben die Reichsverbänder und Nationalen in sogenanntem sächsischen Kreisfest abgehalten, das namentlich in erster Linie dazu diente, für die bürgerlichen Parteien Pro...

Sicht geühter Derr!

Wir haben eine größere Anzahl Geschäftsleute übrig behalten und möchten sie doch im Interesse eines günstigen Rechnungsabschlusses...

Die Karten würden Sie gewiß leicht in Ihren Kreisen unterbringen. Weiter legen wir Ihnen beifolgend, daß Sie bei der...

Mit deutschem Grusse

Der Ausschuss des Sächsischen Kreisfestes zu Stolberg. Jedes Dokument ist bezeichnend dafür, mit welcher Selbstverständlichkeit die bürgerlichen Parteien die Schule als Einrichtung...

Die Berufsstände in der Fortbildungsschule.

Mit diesem vielbesprochenen Thema beschäftigte sich hauptsächlich der achte sächsische Fortbildungsschultag, der vom 6. bis 8. September in Weissen tagte. Ueber die erwünschte Frage referierte Schuldirektor Dr. Bergmann aus Weissen. Er...

Die Mündlicher Form, die Verschmelzung von praktischer und theoretischer Berufslehre, die die Weisheitsergänzung (nicht...

Redner führt dann weiter aus, daß jede Zerspaltung eine Verschlechterung der Organisation bedeutet. In Weissen...

2. In allen nichtgroßstädtischen Verhältnissen müssen zu allererst alle Sonderanstaltungen, die neben der allgemeinen...

dem Mündlicher Muster nahe zu kommen, dagegen wird man sich im wichtigsten Teil der Berufslehre, der Arbeitslehre, mit dem...

Die Anwesenden dankten dem Redner durch reichen Beifall für seine interessanten Ausführungen. Hieran schloß sich eine sehr lebhaft interessierte Debatte. So wurde zum Beispiel der Schulbus...

Eine Wahlrechtsbescheidung

plant der Stadtrat von Frankenberg. Es besteht dort ein Wahlrecht, das so weit allgemein und gleich ist, wie es die Städteordnung zuläßt. In diesem System will man nun zwar zunächst...

Im Frankfurter Stadtparlament liegen keine Sozialbestimmungen, unsere Genossen haben auch noch keinen ernstlichen Versuch gemacht, den Arbeitern eine Vertretung zu sichern. Die...

Anstehende Krankheiten in den Schulen.

Zur Bekämpfung anstehender Krankheiten in den Schulen hat das Kultusministerium im Einverständnis mit dem Ministerium des Innern kürzlich eine Verordnung erlassen, die auch für weitere Kreise...

Chemnitz. Hier macht sich ein Wohnungsmangel, den natürlich in erster Linie die Arbeiter fühlen, immer empfindlicher bemerkbar. Da die Bautätigkeit eine geringe ist...

Uebelstände abzuheben. Daran denkt man aber ernstlich nicht, und wollte man es auch, würde die hausagrarische Wehrheit im...

Freiberg. Verzögert wurde am Sonnabend eine Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer dadurch, daß ein auswärts...

Müßeln. Genosse Kimich ist nicht, wie in dem Bericht über die Schöffengerichtverhandlung wegen der Streikliste...

Keine Nachrichten aus dem Lande. Die Brettmühle im Seifersdorfer Tal bei Schönborn ist gestern früh ein Haus der Flammen...

Stadtkronik. Ein Spaziergang unter der Elbe. Die Stadtkronik war in dieser Lage einer am 14. vergangenen Einladung zur Besichtigung des Düffertores recht zahlreich gefolgt. Und die es taten, werden es nicht...

Stadtkronik.

Ein Spaziergang unter der Elbe.

Das unter der Elbe hinführende Düffertor ist bekanntlich ein wesentlicher Teil der zurzeit im Bau befindlichen Schwemmanisations-Anlage. Es mußte in den Grund der Elbe eingebettet werden, ein schwieriges Verfahren, das bei dem ersten...

Vertical text on the left margin, likely a page number or publication info.

Vertical text on the right margin, likely a page number or publication info.

Durchmesser große Dürrrohre. Am Anfang und Ende besteht es aus Cement-Beton, der Teil, der unter dem Wasser liegt, ist aus Eisen hergestellt. — Mit Papierlaternen ausgerüstet, trafen die Stadtmänner unter Führung des Oberbaurats Klette, der interessante Erklärungen der ganzen Anlage gab, den Weg durch und unter die Erde an. Das Rohr war — angeblich schon längere Zeit — inwendig ganz trocken. Die früheren Schäden, besonders der Riß in der Mitte, scheinen demnach beseitigt zu sein. — Es wurde mitgeteilt, daß das Rohr jetzt noch eine starke Verformung aufweise; es soll an einer Stelle stark gedrückt sein, was beim Durchfahren allerdings wohl nicht nachgeprüft werden konnte. Auf eine Anfrage hin wurde erklärt, daß auch dieser Mangel behoben werden sei. — Das eisentubeartige Dürrrohr ist 200 Meter lang. Am Ausgange auf der Neustädter Seite führt es dann in ein bedecktes weiteres, aus Beton hergestelltes Rohr, an dessen Herstellung jetzt noch gearbeitet wird. Umwägenere Erdmassen wurden zunächst angeordnet, so daß eine große, weite, abwärts geneigte Rinne im Erdreich entstand. Unter Aufsichtnahme großer und komplizierter Holzgerüste wird dann die Aufschüttung in Schichtenform gebaut und nach jeder Schicht wieder mit Erde verpackt. In der Mitte, wo der durch die Erde führende Kanal verläuft, sind der Neustädter Standort angeschlossen, beginnt nun der Bau der eigentlichen Betriebs- und Reinigungsanlage. Jede dieser Vorrichtungen mündet in einem Kanal, um den gewöhnlichen Lauf zu erreichen. Mänteln und Gänge tief unter der Erdoberfläche nehmen diese Vorrichtungen auf. Hochinteressant ist das weit unten auf stabiler Natur gelegene Reinigungsamt. Hier fließen, wenn das Werk in Funktion sein wird, alle Abwässer Dresdens zusammen. Die in ihnen enthaltenen festen Stoffe werden abgefordert, um für landwirtschaftliche Zwecke Verwendung zu finden, während das so gereinigte, färblich gefärbte Wasser von hier aus in die Erde geleitet wird. Das sehr schön ist ein sehr großer in die Erde gearbeiteter Kanal, der seit vermauert und mit den nötigen Vorrichtungen versehen ist. — Neben dem großen Rohr geht noch ein kleiner, etwa 50 Zentimeter weites durch die Erde, das wohl eine Art Gräbenanlage für das Dürrrohr sein soll.

Das ganze Bauwerk der Schmelzkanalisation ist gerade jetzt im halb fertigen Zustande sehr interessant anzusehen, weil man dabei einen Einblick über die ganze Art der Anlage erhält. Später, wenn alles wieder durch Erde verdeckt und verschlossen ist, wird das nicht mehr so gut möglich sein. Natürlich wird auch eine ganze Anzahl Maschinen und sonstiger mechanischer Hilfsmittel (Stränge usw.) am Bau verwendet.

Kuliergeleistungen müssen mit der Bauserlaubnis festgelegt werden.

Der Eigentümer eines an der Leipziger Straße in Dresden gelegenen Grundstückes hatte von der Baupolizeibehörde die Genehmigung zu verschiedenen baulichen Veränderungen erhalten. Während diese Bauteilnahmen vorgenommen wurden, machte der Besitzer des auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstückes wegen des von ihm zur Verhinderung der Leipziger Straße abgetretenen Landes Rückvergütungsansprüche geltend und verlangte, daß bis zu deren Befriedigung die Fortsetzung des Baues unterlag. Der Stadtrat lehnte ab, weil er auch nach anderweitiger Erwägung nicht zu der Überzeugung gelangt sei, daß es sich um eine wesentliche bauliche Veränderung im Sinne der Bauordnung handle. Für die Entziehung des Rückvergütungsanspruches sei aber ein wesentlicher Umbau Voraussetzung. Den Vorzug erhabenen Refus behauptete die den Bau als einen wesentlichen ansehende Kreisbauhauptschicht. Die Anfechtungsklage des Bauwerbers wurde abgewiesen, weil der Bau inzwischen vollendet, der Einstellungsantrag mithin gegenstandslos geworden war. Anmehrer eröffnete der Stadtrat dem Kläger auf Grund der Kreisbauhauptschichtentscheidung, daß er wegen des vorgenannten Umbaus den Betrag von 107 M. als anteilige Kosten für das zur Verhinderung der Leipziger Straße aus Gemeindefonds beschaffte Land zu erstatten habe. Der Refus hierzu wurde abgewiesen, die Anfechtungsklage dagegen vom Oberverwaltungsgericht mit der Begründung abgelehnt, daß der Stadtrat an seiner früheren Entscheidung gebunden bleibe. Diese enthalte die Feststellung, daß Kuliergeleistungen ausschließlich der geplanten Umbauarbeiten nicht zu entrichten seien. Wenn auch die Verpflichtung zur Erfüllung von Kuliergeleistungen an sich nicht auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen entliehe, müsse doch grundsätzlich gefordert werden, daß der Bauende mindestens in allen den Fällen, wo hierüber Zweifel beständen, von dem ihm in dieser Hinsicht obliegenden Verbindlichkeiten bei Erteilung der Bauserlaubnis in Kenntnis gesetzt werde, damit er vermeiden könne, ob ihm die Ausführung seines Bauvorhabens wirtschaftlich noch möglich sei. Der Umstand, daß die Kreisbauhauptschicht in ihrer früheren Entscheidung jenen Beschluß dadurch außer Kraft gesetzt habe, daß sie den Refus des Grundstückseigentümers auf der gegenüberliegenden Seite behauptete, sei für die rechtliche Beurteilung bedeutungslos, denn diese Aufhebung wirke nur zugunsten des damaligen Refusrenten, vermöge aber auf das Verhältnis zwischen der Stadtgemeinde und dem Kläger keinen Einfluß auszuüben. — Bemerkenswert ist in diesem Falle die Inkonsistenz des Klägers; er selbst erklärt zuerst als Verwaltungsbehörde den Umbau als nicht wesentlich und strengt dann nach der Kreisbauhauptschichtentscheidung eine Klage um Kuliergeleistungen wegen eines wesentlichen Umbaus an.

Eintritt um Krankheitsübertragung.

Eine für Krankheitsübertragung wichtige Entscheidung fällt das Amtsgericht Dresden durch Herrn Amtsrichter Dr. Grallig am 11. Juli. Der Bergarbeiter B. aus Wilmendorf war neben der Angeler Anaplasmafrankensasse noch Mitglied der freien Arbeiter-Vereinskasse in Wannowitz. B. erlitt am 8. Mai 1904 einen Betriebsunfall. Infolgedessen war er über zwei Monate lang erkrankt. Infolgedessen wurde er am 2. Oktober 1904 zum 20. Januar 1905, zum 30. September bis 27. Oktober und zum 1. November 1907 bis 24. April 1908 erwerbsunfähig. Für diese ausnahmslos Krankengeld gewährt. Bei der am 8. November 1907 eingetretene Erkrankung gewährte die Kasse dem B. nur während der ganzen Zeit nicht bezahlte, daß B. 28 Monate lang im Abzuge noch den Betrag von 123 M. 42 Pf. zu erhalten wurde. Folglich abgewiesen aus folgenden vernünftigen Gründe sei erwiesen, daß B. im dem 8. Mai 1904 überkommen nicht mehr vollständig gesund gewesen sei. Wenn er eines neuen Arbeitsunfalls erlitten, so ist die Verbindung eingetretene Erkrankung nicht als Krankheitsübertragung anzusehen. Er hätte demnach nur Anspruch auf eine 26 wöchige Unterstützung, die bereits von der beklagten Kasse erfüllt ist.

es sei ihm schon mehr gezahlt worden, als er beanspruchen könne. Da aber auch festgestellt sei, daß die jegliche Erkrankung eine Unfallfolge sei, so sei die Befugnis nach dem Gewerkschaftsversicherungsgesetz von weiteren Unterstützungen entbunden. — Es ist demnach die vielfach irrige Auffassung verschiedener Krankheitsübertragungsmittler wiederlegt, daß für jede Krankheit, auch wenn sie eine unmittelbare Fortsetzung der vorhergehenden ist, Anspruch auf eine 26 wöchige Unterstützung besteht soll.

Hygiene am Telefon.

Auf eine Anfrage bei dem Reichspostamt über die angelegliche Gefahr einer Krankheitsübertragung durch den Gebrauch des Fernsprechers hat das Reichspostamt folgende Antwort erteilt: Nach den hier vorliegenden wissenschaftlichen Gutachten erscheint die Gefahr einer Krankheitsübertragung durch den Gebrauch des Fernsprechers über das Mikrofon, namentlich wenn die im praktischen Leben sonst gegebenen Möglichkeiten zur Übertragung von Krankheiten in Betracht gezogen werden, nur gering. Gleichwohl werden die bei öffentlichen Sprechstellen angeordneten Apparate täglich gründlich gereinigt und desinfiziert. Das Reinigen und Desinfizieren der bei den Teilnehmern befindlichen Apparate ist im allgemeinen Sache der Inhaber der einzelnen Sprechstellen und wird zweckmäßig in der Weise ausgeführt, daß zunächst der Staub mit einem weichen Tuche oder Pinsel entfernt und darauf der Schalltrichter des Mikrophons, die Hörmuschel und der Handgriff des Fernrohrs mit einem in eine drei- bis fünfprozentige Naphtholformolösung getauchten weichen Lappen abgewischt werden. — Empfohlen möchte noch werden, beim Sprechen nicht allzu nahe an das Mikrofon heranzukommen, weil dadurch das Anhaften von Speichelteilchen vermieden wird, wodurch am besten einer Bakterienbildung an den betreffenden Stellen vorgebeugt wird.

Schutz des Nichtraucher!

Es herrscht im Publikum vielfach noch die irrige Meinung, daß in Nichtraucherabteilen der Eisenbahnwagen doch geraucht werden dürfe, wenn alle Insassen damit einverstanden sind. Diese Meinung ist falsch, das Verbot des Rauchens ist ein absolutes. Wer es nicht befolgt, kann bestraft werden. Jetzt ist das Eisenbahnpersonal erneut darauf hingewiesen worden, darauf zu achten, daß in den Nichtraucherabteilen und Nichtraucherzügen unter keinen Umständen geraucht wird und daß diese Abteile überhaupt nicht mit rauchenden Zigaren oder Pfeifen betreten werden. Das gilt auch für die Plattformen von Nichtraucherwagen und die einzelnen Nichtraucherabteile angrenzende Plattformen. Die Nichtraucherabteile müssen innen und außen Schilder tragen.

Eine neue Baugenossenschaft.

Wurde hier gegründet. Und wird darüber berichtet: Sonnabend den 5. September fand im Amtsamt am Sachsenplatz eine Versammlung von eingeladenen Interessenten des Gartenstadtproblems Hellerau statt. Eröffneten waren nach der Begrüßung durch 75 Personen. Nach einem einleitenden Vortrag von Rechnungsrat Nierer über Wohnungswesen, Bodenverteilung und Wohnungswirtschaft wurde mit der Durchberatung der projektivisch vorgelegten Statuten begonnen. Sie waren hauptsächlich für Arbeiter und Arbeiterinnen berechnet und wurden von den Anwesenden noch mehr in diesem Sinne ergänzt. Als Organe zur Vertretung der Angehörigen wurden noch längerer Debatte der Dresdener Anzeiger und die Dresdener Volkszeitung bestimmt. Vorge schlagen war nur der Anzeiger, weiter vorgeschlagen wurden die Dresdener Volkszeitung und die Neuesten Nachrichten. Nachdem dann Vorstand und Aufsichtsrat gewählt, war die Baugenossenschaft Hellerau, G. m. b. H., gegründet. Sämtliche 75 Anwesende wurden Mitglieder und gezahlten 18000 M. Der Anteil beträgt 200 M.

Die erste Stadtverordnetenversammlung.

nach den Ferien wird am Donnerstag — Beginn abends 7 Uhr — abgehalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Abschluß eines Vertrages mit den Schächischen Ministern der Finanzen und des Krieges über die Abschaffung der reichspolitischen Grundsteuer 1655 des Grundbuches für Dresden-Neu- und Antonstadt, dessen Einziehung zum selbständigen Gebietsteil Albertstadt und die Verbreiterung der Sophienstraße vor der Altschäfer Hauptwache. Naturalisationsgesuche. Rechnung über das Gängeljahr ab dem Jahr 1906 zur Prüfung und Rechnungslegung und nachträgliche Genehmigung der Ueberführungen. Erweiterung der Verbandsangelegenheiten der 41. Bezirksschule in Vorstadt-Rüdten. Begründung einer zweiten Oberlehrerstelle an der 34. Bezirksschule in Vorstadt-Cotta. Unterhaltungs-Vorschläge für eine Anzahl Erholungsgrundstücke am 30. März 1906. Gewährung regelmäßiger Erholungsurlaubes an die hiesigen Schulblener. Rechnung über die Armenliste für das Jahr 1905 zur Prüfung und Rechnungslegung und nachträgliche Genehmigung von 2788 M. Rückzahlung der für das Bauplanbuch 1271 an der Großenhainer Straße gezahlten Enteignungs-Geldsumme sowie der auf dieses Grundstück und auf das städtische Grundstück 1554 entfallenden Kosten der Beschaffung des zur Großenhainer Straße abkommenden Landes aus dem Stimmvermögen an die Anleihe. Erneuerung der beiden Hauptkanäle des Westwerkwerkes. Anschaffung von Vermitteln für die Oberrealschule. Bewilligung eines Berechnungsgebildes bis zu 25000 M. zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten. Anschaffung von 720 Elektrizitätszählern. Beschaffung der ausgebauten Straßen in Vorstadt-Neu-Nadly und Einbau des Vorlaufkanals in die Straßen 44 und 12. Veränderung der elektrischen Beleuchtung in der Kreuzstraße. — Geheime Sitzung.

Ueber einen Hausanfall.

wird berichtet: Am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr wurde die Frau des Juwelers B. D., dessen Wohnwohnung sich in Klostergäßchen befindet, als sie sich mit ihren Kindern auf dem Rückwege von einem kleinen Waldspaziergang befand, in der Nähe der Schönen Wache, etwa 20 Meter von der belebten Vangeröder Landstraße, von einem Menschen angefaßt, der ihr das Geld abverlangte und sie mit einem Messer bedrohte. Auf die Verurteilung, sie habe kein Geld, verzichtete der Straßhändler. Frau B. erhielt ihre Geldgegenstände und flüchtete nach Hause. Der Dieb verschwand darauf im Dickicht. Jedenfalls ist es derselbe Mensch, der vor vier Wochen eine Dame nach dem Kier zu und am 1. September eine in Zusammenhang damit steht folgende Meldung: Der schon mehrfach als Straßenräuber aufgetretene Handarbeiter Andreas Strub in Moritzburg von dem dortigen Gendarmenoberleitgebiet dem hiesigen Amtsgericht zugeführt. Viele soll zwei Hausanfälle und auch mehrere Einbruchdiebstähle begangen haben.

500 Millionen Mark neuer Steuern! Am Sonnabend sprach Genosse Dr. G. Radnauer in der Deutschen Reichstagskammer über dieses höchst aktuelle Thema. 2300 Personen füllten die weiten Räume des Establishments und Hunderte mussten wegen Platzmangels wieder umkehren. Die Verlesung wurde von einer mächtigen Protestkundgebung der Reichstagsarbeiter begleitet und die volks- und kulturfeindliche Steuerpolitik der Reichsregierung und der Bloßpartei. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen und eine Resolution einstimmig angenommen, die scharf Stellung nimmt gegen den geplanten Beutezug auf die Taschen des arbeitenden Volkes.

Vermischte Nachrichten.

Polizeipräsident Kniep ist von seinem Urlaube zurückgekehrt und hat die Leitung der Polizeidirektion wieder übernommen. — Oesteren vormittag sprang infolge Schauerwetters ein junges Pferd, das eingefahren wurde und vor einem kleinen Wagen gefahren war, in der Cottastraße in das Fenster einer Schenkwirtschaft und blieb mit dem Hinterbein daran hängen. Das Tier liegte sich erhebliche Fleischwunden zu, wodurch eine große Blutung eintrat.

Gewerbegericht.

Der Kohlenhändler Biesche verlangte vom Expeditur Böhren 18 M. Lohnentschädigung. Der Richter hatte in Gemeindefestung fünf Kollegen einsetzt (die Auszahlung eines Lohnes) übernommen. Es fehlte aber an Geldmitteln und die fünf Kollegen hatten demzufolge wenig zu tun und verdienten wenig. B. sollte sich noch einem Kollegen Kohlen tragen, wobei er mehr verdient haben würde als beim Ausladen. Der Kollege tat dies, B. aber verzichtete sich dessen und verlangte 18 M. Lohnentschädigung. Sein Anspruch besteht nach Lage der Sache nicht zu Recht, der Beklagte zahlt die abgeleitete 8 M.

Der Monteur Kellner wurde vom Maschinenfabrikanten Schmidt 23 Tage in Dohna und einen Tag in Weesenstein beschuldigt, daß er für die dortige Fabrik 1 M. 20 Pf. zu zahlen habe. B. wollte 1.50 M. haben, es kam aber zu keiner Einigung. Jetzt verlangt B. nun für die 24 Tage 12 M. Auszahlung mehr mit der Begründung, er habe sich mit 1 M. pro Tag nicht einverstanden erklärt. In einem solchen Falle, wo keine Einigung erzielt wurde, hat das Gericht das zu zahlende Betrag festzusetzen. Es sprach 1 M. Auszahlung für angemessen und der Kläger zieht deshalb seine Klage zurück.

Voll von Wanger fand das Hausmädchen Engel in Schlafstimmer, das ihr am 20. August bei ihrem Antritt im Fleischermeister Steinert angewiesen wurde. Der Fleischermeister ließ ihr für die zweite Nacht zwar ein anderes Zimmer an, da hier waren die Tiere ebenfalls zu Hause. Die B. verließ deshalb schon am 24. August diese Stellung. Sie verlangte 2.84 M. für die vier Tage, die ihr von dem Meister vorenthalten werden. Vergleichsweise gibt sich die Klägerin mit 1.32 M. zufrieden.

An einem größeren Speiseerwerb, das der Vorzeigmann Jakob für die Dresdener Porzellan-Manufaktur gemalt hatte, teilte sich nach dem Brennen Mängel heraus. Die Fabrikation wurde dem Meister dafür verantwortlich, während dieser die Schuld auf das Brennen schob. B. sollte nun die Mängel beseitigen, er weigerte sich aber. Die Fabrikation beauftragte nun einen anderen Arbeiter, der bereits bezahlt war, zog sie die 10.85 M. von dem Lohn für eine andere Arbeit ab. B. ist damit nicht einverstanden und will vergleichsweise nur die Hälfte des Schadens tragen. Dieser Vergleichsvorschlag scheitert an der beklagten Firma. Sie wird auf Antrag des Lohnbeschuldigten-Gehelges zur Zahlung der 10.85 M. verurteilt.

Ein marxistischer Fall von Verletzung von Treu und Glauben liegt einer Klage des Tischlergehilfen Tiefenbach gegen den Tischlermeister Kohn wegen 184.41 M. Lohnentschädigung zugrunde. Der Kläger ist Kuffe, spricht leiblich deutsch, kann aber nicht deutsche Schrift lesen. Er hatte von K. einen guten Afford übernommen. Nachdem er ihn halb fertiggestellt hatte, wurde er in das Kontor gerufen und verlangt, einen neuen Afford zu unterschreiben. Da er selbst nicht lesen konnte, ließ ihm K. angelesen das Schreiben vor. Auf der Erklärung entnahm K. daß er sich mit der eventuellen Zugabe eines Schiffs zu dem Afford einverstanden erklärte, wenn er selbst nicht bis zur Fertigstellung des Afford mit dem Afford fertig werden sollte. Außerdem wurde ihm ein Stundenlohn von 54 Pf. garantiert. Unbekanntlich leitete K. die Unterfertigung und er hatte sich damit mit der Annahme des Affordvertrages einverstanden erklärt. Bald darauf wurde er entlassen, und zwar ohne Angabe eines Grundes. Die Sache beschloß sich bereits die Schlichtungskommission, die einstimmig der Ansicht war, daß Kohn gegen Treu und Glauben gehandelt habe. Die bis dahin geleistete Arbeit des Klägers zeugte davon, daß dieser ein zuverlässiger Arbeiter sei. Die Bemühungen des Gerichts, für den Kläger noch etwas herauszuschlagen, scheiterten an dem Befragten, der auf seinem Edein besteht. Dem Kläger bleibt demnach nichts anderes übrig, als seine Klage zurückzugeben.

Der Obpächter Dutschke brauchte einen Obpächter. Als solcher stellte sich ihm in einer Anzeige der Kreuzer Bürger vor. Engagierte ihn und gab ihm eine Probekarte an seinen Wohnort. Inzwischen erfuhr er aber, daß K. gar kein Obpächter ist und er weigerte sich deshalb, ihn zu beschäftigen, da er schon mehrfach damit reingefallen war. B. verlangt nun 45 M. Lohnentschädigung. Er gibt sich vergleichsweise mit 1 M. zufrieden. (Berichtender: Gewerbebericht Dr. Hantsche. Unterzeichnender: Generaldirektor Kellner und Schloßmeister Hartmann. Arbeiterbeiziger: Möbelhändler Sarte und Maschinist Bürger.)

Aus der Umgebung.

Riesche. Am Sonnabend wurde auf diesem Staatshofmeister der 21-jährige Buchbindergehilfe Uhlmann aus Dresden von einem Postbeamten ertränkt aufgehoben. Er wohnte zuletzt im Hauptstr. 155a, Kreuzstraße 4. Den Leichnam überführte man nach dem Friedhof unter Gemeinde.

Dresdener Polizeibericht vom 8. September.

In der Weinischen Vorstadt vergiftete sich gestern in einem Schwermisfall ein Marktweiser mit Haselnüssen.

Am Sonnabend nachmittag gegen 2 Uhr geriet ein Stenograph Radfabrer infolge unvorsichtiger Fahrten unter den Forterperon eines im entgegengesetzten Straßenbahnweges und erlitt mehrere Verletzungen. Mitte August d. J. ist von einem Neubau an der Schenkwirtschaftstraße eine neue Wasserleitung geflochten worden. Es wird darauf vor Anstand gemahnt und bei Angebot um Mitteilung an die Kriminal-Pol. gebeten.

Das Reichsvereins-Gesetz
und
seine Anwendung in Sachsen
von **Richard Lipinski**
Preis 20 Pf.
Herausgegeben vom Zentralkomitee für Sachsen.
Zwingerstrasse Nr. 21.

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 208.

Dresden, Dienstag den 8. September 1908.

19. Jahrgang.

Landtag des Zentralverbandes der Maurer.

R. Hannover, 4. September.

5. Verhandlungstag, Nachmittags-Sitzung.

Es folgt die Abstimmung über die Anträge zu Punkt 6 der Tagesordnung „Sohnbewegungen und Tarifverträge“. Dies ergibt sich die Annahme des gestellten Vorstandsantrages unter Weglassung des Punktes 6 des Antrages durch die vom Bismarck in der Mittags-Sitzung vorgeschlagene Resolution. Die Abstimmung darüber ist eine namentliche und die Annahme erfolgt mit gegen 12 Stimmen. Angenommen wird ferner ein Antrag, die Arbeitsnachweise, wo sie sich in den Händen der Unternehmer befinden, auf paritätische Grundlage zu übertragen. Auf Antrag Bismarck beschließt der Vorstand, daß diejenigen Zweigvereine, die dem abgeschlossenen Vertrag noch nicht zugestimmt haben, dem jetzt gleich zu bestimmen haben. Der Antrag einer Anzahl Zweigvereine, das dem Vorstande wegen seines „eigenmächtigen Vorgehens“ die Billigung ausgesprochen werde, wird in namentlicher Abstimmung gegen 14 Stimmen abgelehnt. Die Tagesordnung ist nunmehr erledigt.

Es folgt nunmehr die Verhandlung über die Festlegung der Arbeitsnachweise und die Regelung der Bureaufrage für die Zentrale des Verbandes. Es liegen dazu bereits von den Mitgliedern des Verbandes nach Berlin zu dem Referenten Bismarck-Hamburg besetzt, daß die Verhandlung gemacht sei für diese Verhandlung. Dafür sprechen aber Gründe. Man wolle auf die Konzentration der gewerkschaftlichen Zentralverbände in Berlin hin und meine, nachdem auch die Zentralverbände in Berlin verlegt sind, daß es dem Maurer-Verbande, er in Hamburg bleibe, an Verbindung und Einfluß bei den in kommenden Jahren liege. Das sei falsch, der Verband habe Berlin bei der Generalversammlung eine treffliche Verbindung und Unterstützung; und was das „geistige Leben“ betrifft, das man auch hervorheben will, das in Hamburg mindestens ebenso groß wie in Berlin. Auch in einem angeblich größeren politischen Einfluß werde die Verlegung bestehen. Wer aber meine, daß der Maurer-Verband durch die Verlegung nach Berlin, an politischem Einfluß, an Treue, an der Spitze einer Gewerkschaft, ohne weiteres mit dem Obium des Revisionismus befaßt, der seien die Verhältnisse ins Feld geführt; und gewiß sei in für einige Gebiete, des Ostens namentlich, der Mittelpunkt. In einer habe Hamburg für die Sicherung des Verbandes reichlich soziale Berührungspunkte, zumal die Bewegung ihre Verankerung im Westen als im Osten habe. Auch auf die parlamentarische Arbeit, die im Winter in Berlin erfolge, sei hingewiesen. Man könne jeden Augenblick, in dem es nötig sei, in wenig mehr als Stunden von Berlin nach Hamburg kommen. Er würde selbst in dem Verbande nicht mehr Zeit nehmen können als heute in Hamburg. Er wolle dann besonders für Hamburg ein, das von Anfang an der Verbandes sei. Die dortige Parteiarbeit sei eingerichtet auf Arbeiten für den Zentralverband. Die Anschaffung eines Hauses neuer Maschinen sei im Hinblick darauf gesehen. Wenn Fortfall der Maschinen für den Verband würden sofort mindestens 30 Arbeiter fähig nach mehr emittieren werden müssen. Weiter seien in Hamburg mehrere Verbände, mit denen man in Verbindung stehe und auch in müsse, insbesondere der Bauhilfsarbeiterverband, mit dem in Verbindung ins Auge gefaßt sei. Und dieser denke gar an eine Verlegung; ebenso wenig der Zimmerer-Verband. Einige ginge schen auch der Meinung zu sein, daß von Zeit zu Zeit eine Sitzung des Vorstandes stattfinden müsse und daß sich das bei einer Verlegung am besten machen lasse. Das sei ein vernünftiger Gedanke, wie eine solche Verlegung für nötig halte, doch das andere zum Ausdruck bringen als etwa auf solche Weise. Auch für das Parteizentrum in Hamburg bedeute die Verlegung einen Verlust durch die Abwesenheit im Verbande, die der parteipolitischen Tätigkeit bishergewesen. Es handle sich um eine bloße Raute bei dem vorgeschlagenen Antrage, nach Berlin überzusiedeln.

Die Referenten betonen, für den Antrag sei in erster Linie geographische Lage maßgebend gewesen. Sie wünschten den Vorstand nicht zu haben, in Rücksicht auch auf die Korrespondenz und den Verkehr der Zeitung. Nach Einführung des Reichsvereinsgesetzes könnten politischen Verbindungen für die Verlegung des Sitzes in Hamburg nicht mehr, wie bisher, im Verkehr geführt werden. Die Vorstandstätigkeit sei nur zu sehr mit Hamburg verknüpft und die Verlegung für ein Verlegen. Hüttemann-Frankfurt sieht in den Bismarck angeführten Gründen nur solche lokale Natur. Der Vorstand habe nun einmal nach Berlin, wo man zweifellos in größeren Einfluß auf die gewerkschaftlichen Faktoren habe. Berlin befinden sich in Berlin neben den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Zentralen zahlreiche Organisationen, mit denen man in Verbindung stehen müsse, und fortgesetzt werde ein Zentralverband in dem anderen nach Berlin verlegt. Es brauche heute hier gar nicht festgelegt zu werden, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, aber zu bestimmen sei, daß der Verband sich nicht ins Jahr in Hamburg verlege, sondern daß man die Verlegung nach Berlin ins Auge fasse, so daß der Verband hier habe, sich darauf einzurichten, daß endlich Berlin in die auf den Verkehr geeigneter sei als Hamburg, siehe außer Frage. Einmal ist gegen die Verlegung nach Berlin. Er bebauete darauf, daß eine solche Stadt durch die Gewerkschaften gehe, deren Sitz nach Berlin zu verlegen, und daß dadurch die übrigen Gewerkschaften politischen politischen Kreisen entsteht werden, auf die der nun schwerer Schaden der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung.

Strohmann-Riel wendet sich gleichfalls gegen die Verlegung nach Berlin, für die sachliche Gründe nicht ins Treffen geführt werden können. Deshalb solle man den Verbandssitz in Hamburg belassen, die dortige Arbeit dafür sei; auch die Rücksicht auf das Hamburger Gewerbe dürfe man nicht außer Acht lassen.

Hantsch-Riel spricht für die Verlegung nach Berlin, als der zentrale des politischen und gewerkschaftlichen Lebens. In Bezug auf das Hamburger Gewerbe dürfe man sich besser versehen. Die Resolution legen sie bei dem Vorstande ab und nach Berlin schaffen. Hantsch-Riel sieht keine Gründe ein für die Verlegung nach Berlin. Wenn es sich um Einfluß handle, dann hätten die anderen Kreise ja solchen reichlich außerhalb Gelegenheit gehabt. Hantsch-Riel dagegen ist für die Verlegung nach Berlin, einmal wegen der Lage Berlin in Bezug auf den Osten und wegen der engeren Beziehungen zu den politischen und gewerkschaftlichen Kreisen; auch die parlamentarische Tätigkeit Bismarck sei zu berücksichtigen. Die Verhandlungen in Hamburg spielen keine Rolle, wenn es sich um die Entscheidung des Verbandes handle. Das geistige, politische und gewerkschaftliche Leben konzentriere sich heute in Berlin. Die Verlegung dort sei eine Notwendigkeit.

Silberstein-Riel meint, der Antrag auf Verlegung nach Berlin sei nicht gekommen, wenn hier nicht die Frage einer dauernden Festlegung des Sitzes des Verbandes in Hamburg durch Schaffung eines dauernden Büreaus zum Ausdruck gekommen wäre. Er halte es für notwendig, daß der Vorstand seinen Sitz in Berlin habe. Die freiburger Bewegung, die den Sitz nach Hamburg legen lassen, haben heute keine Meinung mehr. Die persönlichen Momente müssen bei dieser Frage zurückgelassen werden. Hamburg habe in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht gegenüber Berlin keinen Vorzug mehr. Es sei auch kein Zug

der Mode oder der Nachahmung, der nach Berlin dränge, sondern der natürliche Entwicklungspunkt. Je stärker der Klassenkampf werde, um so härter mache sich auch die Notwendigkeit des Zusammenrückens geltend. Bismarck-Hantsch spricht für die Verlegung in Hamburg aus dem schon anderweitig vorgebrachten Gründen, insbesondere im Hinblick auf den Umstand, daß auch die Bauhilfsarbeiter und Zimmerer ihren Sitz in Hamburg haben und das Zusammenarbeiten dieser drei Verbände notwendiger sei als alle anderen Beziehungen. Bismarck-Hantsch führt aus, daß es sich in dem Augenblick, als man die Bureaufrage auf die Tagesordnung lege, nur um die Notwendigkeit gehandelt habe, dem Wachstum des Verbandes entsprechend neue Bureauräume mit ganz andern Einrichtungen zu schaffen. Dabei sei es notwendig, auf eine gewisse Zeit für die Zukunft dauernde Einrichtungen zu schaffen. Man könne solche aber nicht schaffen, wenn man jeden Augenblick mit der Verlegung des Verbandes rechnen müsse. Bismarck-Hantsch wendet sich gegen diese Verlegung. Durchschlagende Gründe seien dafür nicht geltend zu machen. In Hamburg wüßten ebensoviel politische und geistige Leben wie in Berlin und Einfluß auf die politischen und gewerkschaftlichen Faktoren ausüben könne man überall ebenso gut, wie in Berlin. Seine Person und seine parlamentarische Stellung solle man aus dem Spiele lassen; das seien wandelbare Momente, die sich jeden Augenblick ändern könnten. Bei seinen vielen Reisen im Interesse des Verbandes sei es auch ganz gleichgültig, ob er sie von Berlin oder von Hamburg aus unternähme. Bei dem Abmah der Frage: Berlin oder Hamburg, seien die für Berlin angeführten Gründe nicht gewichtiger als die für Hamburg. Nun seien die zentralen Verhandlungen mit den Unternehmern ins Feld geführt. Es sei sehr die Frage, ob deren Sitz bei den dabei stark mitwirkenden persönlichen Momenten in Berlin bleibe. Und dann sei es auch mitunter besser, wenn beide nicht an einem Orte seien. Für die Verlegung des Sitzes in Hamburg spräche aber vor allem die wichtige Frage des gemeinsamen Zusammenarbeitens der verschiedenen Organisationen der Arbeiter im Baugewerbe mit.

Die Vorstände könnten ihre Aufgabe in dieser Beziehung gar nicht lösen, wenn sie nicht ihren Sitz an ein und demselben Orte hätten. Es handle sich oft um wichtige Dinge, die nur durch rasches Zusammenstehen und nicht durch Schriftstücke erledigt werden könnten. Man könne den Verlegung nach Berlin deshalb doch ummöglich ohne den gleichzeitigen Verlegung der übrigen Verbände des Baugewerbes lassen. Endlich solle man die geschäftlichen Beziehungen in Hamburg nicht so kurzer Hand abtun. Er bitte dringend, wenn man die Interessen des Verbandes wahren wolle, nicht nach Berlin zu gehen. Wenn der Verband bisher von Hamburg aus geleitet sei, so werde das sicher auch in Zukunft der Fall sein. (Starker Beifall.)

Rummeier wird ein schon zum zweiten Male eingebrachter Antrag auf Schluß des Debates angenommen.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Verlegung des Sitzes des Verbandes von Hamburg nach Berlin mit 161 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend vertagt.

R. Hannover, 5. September.

Sechster Verhandlungstag.

Mittags-Sitzung.

Nachdem gestern die Verlegung des Sitzes des Verbandes in Hamburg beschlossen ist, steht heute zur Beratung die Regelung der Bureaufrage. Dazu liegt ein Antrag vor, der den Vorstand verpflichtet, sich durch die Einrichtung seiner Bureauräumlichkeiten nicht auf die Dauer in Hamburg festzulassen. Bismarck-Hantsch erörtert die Notwendigkeit, spätestens bis Oktober 1910 in andere Räume überzusiedeln, und schlägt vor, auf einem eigenen Grundstück ein eigenes Gebäude zu errichten, das schon zurzeit eine ganz gute Kapitalanlage darstelle und seinen Wert für die Zukunft mindestens behalte, so daß der Verband keinen Schaden erleide, wenn er seinen Sitz sollte wirklich einmal von Hamburg verlegen. Hantsch-Riel wendet sich gegen den Plan, der darauf hinausläufe, den Sitz des Verbandes für alle Zukunft in Hamburg festzulassen. Er würde man einen eigenen Bau, der speziell für den Verband eingerichtet sei, dann müsse man bei seiner späteren eventuellen Veräußerung im Falle der Verlegung des Verbandes mit Verlust rechnen. Hantsch-Riel-Riemberg bekämpft gleichfalls den Plan eines eigenen Verbandsgeländes, den er finanziell auch gar nicht für so vorteilhaft halte, wie Bismarck. Er erwidert in dem eigenen Hause eine Befehrs für den Verband. Bismarck-Hantsch meint, es sei mindestens Pflicht, die Gründe des Vorstandes zu prüfen. Er sei bereit, sich für die Ausführung zu erklären und stimmt dem Vortrage Bismarck-Hantsch zu. Dachs-Riel, als Vertreter des Ausschusses, behauptet, daß die gegenwärtigen Bureauräumlichkeiten unzulänglich seien, wendet sich aber gegen den Bau eines eigenen Hauses als unpraktisch und unrentabel. Auch er sei der Ansicht, daß der Verlegung eines eigenen Hauses dem Verband ein für allemal in Hamburg festlege. Bismarck-Hantsch verweist, daß der Streit über die Frage des Sitzes des Verbandes bei der Regelung der Bureauverhältnisse ausgeglichen werde. Doch die gegenwärtigen Verhältnisse unzulänglich seien, sei unbestreitbar. Man könne sich aber nicht jedes beliebige Haus für die Zwecke des Verbandes und ein geeignetes Haus sei schwer zu finden. Außerdem müßten die Bureauräume für längere Zeit fest eingerichtet werden mit der Möglichkeit der Erweiterung, was in einem gemieteten Hause nicht möglich sei. Hierbei sei vor allem die ins Auge gefasste Verlegung mit den Bauhilfsarbeitern zu bedenken. Allerdings mit der optimalen Berechnung Bismarck-Hantsch erwidert, daß auch nicht einwandfrei erklärbar, wenn ein Kredit sogar auch noch eine billige Verrechnung aufgeführt habe unter Zugrundelegung eines Baupreises pro Kubikmeter umhauene Fläche, wie er sonst für die besten Miethäuser und Banken in den Großstädten in Anspruch komme. Aber auch wenn es etwas teurer werde, so erhalte man doch Bureauräume, speziell für den Verband geschaffen, zu einem Preise, wie sie nicht annähernd gemietet werden könnten. „Festlegen“ werde man sich auch in gemieteten Räumen, die man auf eigene Kosten einrichten müsse. Aber eine eigentliche Festlegung sei mit dem Verleihen eines eigenen Hauses nicht verbunden. Das ins Auge gefasste Grundstück in der Gegend Hamburgs und in der Nähe des Zentralbahnhofs werde im Werte steigen; an einen Verlust dabei sei nicht zu denken. Hantsch-Riemberg schließt sich dem an, während Hantsch-Riemberg-Riemberg dem zwar gleichfalls zustimmt, aber für rascher fällt, der großen Widerstand, die gestern gegen die Verlegung des Verbandes in Hamburg stimmte, Rechnung zu tragen. Nachdem dann noch Hantsch-Riemberg für den Vortrag Bismarck-Hantsch sich ausgesprochen und letzterer in seinem Schlußworte in Bezug auf die finanzielle Seite einigen Einwendungen entgegengetreten ist, wird der Antrag auf Erwerb eines Grundstückes unbeschadet der Errichtung eines eigenen Hauses mit 164 gegen 90 Stimmen angenommen.

Bei nächsten Punkt der Tagesordnung „Einführung neuer Mitgliederlegitimationen“ handelt es sich nach dem Referenten Bismarck-Hantsch um die Erhebung der letzten internationalen Maurerkonferenz, daß einheitlich eingerichtete Mitgliedsbücher eingeführt werden sollen, die auch für den Verkehr mit dem Auslandes Gültigkeit haben sollen. Ein lebhafter Wunsch in dieser Beziehung besteht namentlich in den Grenzgebieten. Die Einführung solle am 1. Januar 1910 erfolgen. Die speziellen Ausführungen des Referenten haben kein allgemeines Interesse. Der in diesem Sinne gestellte Antrag des Vorstandes hierzu wird angenommen.

Es folgt der Bericht der Statutenkommission, die am Montag eingelegt ist, um die geänderten zur

Statutenänderung vorgeschlagenen Anträge zu bearbeiten. Die Kommission hat einen Statutenentwurf unter Vertretung der Anträge, soweit sie diese für geeignet hielt, ausgearbeitet, über den Bismarck berichtet. Die Diskussion, die sich auf 215 Anträge erstreckt, nimmt die ganze Vormittags-Sitzung in Anspruch. Allgemeines Interesse hat diese nicht.

Parteiangelegenheiten.

Zweite Konferenz der Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands.

H. F. Berlin, 6. September 1908.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung fand heute in den in der Kommandantenstraße belegenen Arminkasernen die zweite Konferenz der Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands statt. Es waren 37 Delegierte aus 27 Orten Deutschlands anwesend. Auch einige junge Damen bemerkte man unter den zumeist noch sehr jugendlichen Arbeitern. Die sozialdemokratische Partei hatte keinen Vertreter entsandt. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften hatte ein Schreiben geschickt, in dem es hieß, sie lehne die Beschickung der Konferenz ab, da sie eine selbständige Jugendorganisation nicht anerkennen könne. Dagegen hatten die abwesenden Arbeitervereine den Sekretär Kasperlein als Vertreter entsandt. Sekretär Kasperlein begrüßte die Konferenz im Namen der proletarischen Jugend Deutschlands. Es solle auf der Konferenz erörtert werden, ob die proletarische Jugend gegen Ausbeutung und Verkümmung den Kampf selbst aufnehmen oder ob sie ihn den Älteren überlassen solle. Er sei der Ansicht, die proletarische Jugend, die vom Schlachtfeld der Arbeit komme, habe im Alter von 16 Jahren zum mindesten dieselbe geistige Reife wie die goldene Jugend im 20. Lebensjahre. Die proletarische Jugend, die schon sehr früh am Klassenbewußtsein gelange, habe daher die Pflicht, den Kampf gegen Ausbeutung und Verkümmung selbst zu führen. (Beifall.) Sekretär Kasperlein Berlin: Die Jugendorganisation sei eine Ergänzung der modernen Arbeiterbewegung. Für die proletarische Jugend gebe es keine Mainline, Nord- und Süddeutschland seien einig. Danach wurden Peter-Söllingen und Bismarck-Hantsch zu Vorsitzenden gewählt. Dann begrüßte die Konferenz im Namen der internationalen Jugendorganisation und der Jugendorganisation Oesterreichs, Mecklenburg-Strußell im Namen der belgischen, Hennig-Beipzig im Namen der Leipziger, Bismarck-Hantsch im Namen der Dresdner Jugendorganisation. H. F. Berlin teilte alsdann mit, daß es am 1. Juni 1908 36 Jugendvereine mit 5432 Mitgliedern gab. Heute sei die Zahl auf weit über 8000 angewachsen. Ein Berliner Delegierter machte der Zeitung, speziell dem Vorsitzenden Peter den Vorwurf, daß sie durch ihre Vorgehen dazu beigetragen habe, die Mitgliedslisten mit den älteren Arbeiterorganisationen hervorzuheben. — Sekretär Kasperlein bemerkte, es sei zu hoffen, daß es durch Selbstschutz den Jugendorganisationen gelingen werde, sich bei den älteren Organisationen die nötige Achtung zu verschaffen. Der Parteitag in Würzburg werde zeigen, daß man auf dem eingeschlagenen Wege weiter zu schreiten habe. Dem hierauf erhaltene Ratschlag war zu entnehmen, daß im vergangenen Vereinsjahre die Gesamtorganisation eine Einnahme von 10 000 und eine Ausgabe von 8200 M. hatte. Unter den Ausgaben befinden sich 968 M. für Agitation und 171 M. für Strafen. Die übrigen Ausgaben setzen sich in der Hauptsache zusammen aus Schältern für die Beamten der Organisation, Bureaukosten, Postkosten, Reisekosten.

Der Vorsitzende Kasperlein sprach danach über Arbeit, Bewegung und selbständige Jugendorganisation und suchte nachzuweisen, daß der Staat mit Hilfe der Kirche die Arbeiter in der Dammheit erhalten wolle. Das Wenigste werde für die Ausbildung der Arbeiterjugend ausgegeben, da die herrschenden Klassen der Ansicht seien, der dümmste Arbeiter sei der beste. Die Erörterung bewegte sich in denselben Rahmen.

Berlin, den 7. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen begannen mit den Punkten der Tagesordnung: Agitation und Organisation. Der Referent, Dachs-Riel, führte aus, daß allgemein gültige Regeln kaum aufgestellt werden können, daß vielmehr die Art der Agitation und in gewisser Beziehung auch die Form der Organisation sich den lokalen Verhältnissen anpassen müsse; vor allen Dingen müsse man verhindern, auch an diesen jugendlichen herauszukommen, die bei Kleinemitteln beschäftigt seien und die Gewerkschaften bisher nicht haben erlassen können. In der Diskussion wurde mehrfach hervorgehoben, daß selbst in Großbetrieben ein gewisser Gegensatz zwischen erwachsenen und jugendlichen Arbeitern bestehe; so wollen die Unternehmern den jugendlichen die längeren Pausen nur bei verlässlicher Arbeit, welche auch die erwachsenen treffe, zugestehen, so haben auch die Akkordarbeit die erwachsenen das Interesse, die jugendlichen hart anspannen und auszunutzen. Diese Umstände betonen die Notwendigkeit von selbständigen Jugendorganisationen. Von allen Seiten wurde betont, daß trotzdem ein freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften anzustreben, auch wohl schon besteht und mit allen Mitteln erhalten werden müsse. Einmütig gelangte denn auch folgende Resolution zur Annahme: „Die Konferenz begrüßt die in neuerer Zeit hervorretretenden Bestrebungen der Gewerkschaften, durch Bildung von Jugendkommissionen die materielle Lage der arbeitenden Jugend zu heben. Die Pflege des praktischen Jugendbuches kann insofern nur dann eine erprobte Sache sein, wenn die Jugendorganisationen zur Mitarbeit herangezogen werden.“ In einer zweiten Resolution wurde gesagt, daß die freie Jugendorganisation zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Hilfe der erwachsenen Arbeiterklasse in hohem Maße bedürfe und deshalb sei es Pflicht der proletarischen organisierten Jugend, alles zu vermeiden, was geeignet wäre, der modernen Arbeiterbewegung Schaden zuzufügen. — Eingeleitet wurde dann der vom Vorstand und der Statutenkommission vorgelegte neue Statutenentwurf durchberaten. Es wurde ein fester Zentralverband geschaffen mit dem Sitz in Berlin, der den Namen Verband der arbeitenden Jugend Deutschlands führt. Die einzelnen Ortsgruppen wurden verpflichtet, für jedes Mitglied die Hälfte des monatlichen Beitrages, 10 Pf., an die Zentralkasse abzuführen. — Beim Punkt der Tagesordnung Sonstige Anträge wurde eine Resolution angenommen, die den Alkoholismus als einen schweren Schädiger der geistigen und körperlichen Entwicklung der Arbeiterklasse verdammt. Die Konferenz empfiehlt daher allen Ortsvereinen und Verbandmitgliedern die Förderung der alkoholopugnatischen Bestrebungen und erklärt als ersten wichtigen Schritt in dieser Richtung die Abschaffung des Genusses alkoholhaltiger Getränke bei allen geschäftlichen und belagerten Zusammenkünften und die Vermeidung des Trinkwanges bei allen Gelegenheiten. — In einer weiteren Resolution sprach sich die Konferenz für den weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Fortbildungsschulen aus, insbesondere verlangt sie die Verlegung des Unterrichts in die Tageszeit und die unentgeltliche Lieferung des Lehrmittels. — Schließlich gelang auch ein Antrag zur Annahme, der besagt, daß die freien Jugendorganisationen auf schärfste die Produkte der Schulbücherei bekämpfen müssen, welche mit daran schuld ist, daß die Jugend moralisch und geistig verkümmert wird. — Als Vorsitzender des Verbandes wurde der bisherige Vorsitzende Peter (Berlin) wiedergewählt, zum Kassierer wurde F. F. Berlin, zum Schriftführer Hantsch-Riel gewählt. — Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Der Vorsitzende Peter (Berlin) schloß die Verhandlungen mit einer Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung der Tagung hinwies, und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freien Jugendorganisationen aller Länder.

